

Themen des Tages

AUSSENANSICHT; Die Bombe entschärfen; Iran und die USA nähern sich im Atomstreit vorsichtig an. Vier Schritte könnten helfen, den Krieg zu vermeiden. Von Volker Perthes

7 Februar 2013

2

Das anhaltende Drama um das iranische Nuklearprogramm dürfte in diesem Jahr weniger von vagen israelischen Drohungen als von den tatsächlich wichtigsten Protagonisten bestimmt werden – von Washington und Teheran. Der Europäischen Union (EU) kommt dabei die bedeutendste Nebenrolle zu. Barack Obama hat mit seiner Wiederwahl auch das Mandat erhalten, sich um eine diplomatische Lösung im Konflikt mit Iran zu bemühen. Dabei steht der Nuklearstreit im Vordergrund.

Die US-Regierung hat sich zunächst ein knappes halbes Jahr Zeit gegeben, um hier Fortschritte zu erzielen. Im Sommer stehen in Iran Präsidentschaftswahlen an, und weder der Wahlkampf noch die Wochen danach eignen sich für ernsthafte Diplomatie. Ein Fortschritt wäre aus amerikanisch-europäischer Perspektive, wenn sichergestellt würde, dass Iran zumindest auf absehbare Zeit keine Atomwaffe herstellen wird. Dies wäre zu erreichen durch einen Stopp der Uran-Anreicherung auf

20 Prozent, eine Umwandlung oder Veräußerung solch mittelhoch angereicherten Urans, um eine weitere Höheranreicherung auszuschließen, und durch ungehinderte Inspektionen der iranischen Atomanlagen durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO). Andernfalls, so heißt es aus Washington, wenn Iran sich also nicht in diese Richtung bewege, spräche vieles für ein militärisches Vorgehen gegen die iranischen Atomanlagen, dann allerdings nicht durch Israel, sondern durch die USA.

Die Einladung, die US-Vizepräsident Biden jüngst bei der Münchener Sicherheitskonferenz an die iranische Seite ausgesprochen hat, war ebenso konditioniert wie die Antwort von Irans Außenminister Salehi: Man könne reden, hieß es, wenn die andere Seite „ernsthaft“ (so Biden) oder „mit authentischen Intentionen“ (so formulierte es Salehi) komme. Das öffentliche Geplänkel vor internationalem Publikum zeigte aber auch, dass man in Washington wie in Teheran beginnt, das eigene Publikum auf direkte Gespräche vorzubereiten.

Für notwendig halten die Entscheider in Washington und Teheran ein solch unmittelbares Engagement schon seit Längerem: Iran will der internationalen Isolation entkommen und zumindest einen Teil der zunehmend unerträglichen Sanktionen loswerden. Die USA und die EU können die Sanktionsschraube nicht immer weiter anziehen. Die Obama-Regierung hat überhaupt kein Interesse an einem neuen Krieg im Mittleren Osten. Und doch ist der Dialog bislang nicht zustande gekommen. Das liegt auch an innenpolitischen Hürden: Obama muss, wenn er auf Iran zugeht, mit Widerstand aus dem Kongress rechnen. Irans Revolutionsführer Chamenei will offenbar nicht, dass der ungeliebte Noch-Präsident Ahmadinedschad einen diplomatischen Erfolg erzielt. Zudem wird auf beiden Seiten erwartet, dass die jeweils andere den ersten Schritt tut: Iran erwartet von den USA eine Anerkennung seines „Rechts auf Anreicherung“, das so allerdings in keinem internationalen Abkommen kodifiziert ist. Die

USA bestehen auf direkter und verbindlicher Kommunikation mit den wirklichen Entscheidern in Teheran – und nicht nur die Benennung eines hohen Beamten und Institutschefs als Kontaktperson für halboffizielle Gespräche. Beide setzen darauf, dass der Handlungsdruck auf der anderen Seite wächst. Im Ergebnis könnten Washington und Teheran damit die Chancen eines Dialogs verpokern, den sie gleichzeitig aus eigenem Interesse bräuchten.

Hier spielt nun Europa eine wichtige Rolle. Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton und ihr Stab leiten die Verhandlungen der fünf permanenten Mitglieder des

Sicherheitsrats sowie Deutschland („5 plus 1“) mit Iran über dessen Nuklearprogramm. Zwar werden diese Verhandlungen bestehenden Blockaden der internationalen Atomdiplomatie sich ohne einen direkten und offiziellen Austausch zwischen Iran und USA kaum auflösen. Konkret aber könnte in diesem Rahmen, der Gespräche auf Expertenebene einschließt, ein Paket entworfen werden, das gewissermaßen eine Schrittfolge vorgibt. Das sähe dann etwa so aus:

Iran suspendiert als ersten Schritt freiwillig die Anreicherung auf 20 Prozent und verpflichtet sich, in einem zweiten seine Vorräte so weit angereicherten Urans, das nicht für medizinische Zwecke oder als Brennstoff weiterverarbeitet wird, ins Ausland zu bringen. Die EU suspendiert zunächst die jüngsten gegen Iran verhängten Sanktionen, darunter das Verbot aller Banktransaktionen, das vor allem die iranische Mittelschicht trifft. In einem zweiten Schritt hebt die EU das Importverbot für iranisches Öl auf, das schließlich aufgrund der 20-Prozentanreicherung Irans verhängt worden war. Jeder dieser Schritte bleibt reversibel, wenn die andere Seite ihren Verpflichtungen nicht nachkommt.

Im Schritt drei und vier verpflichtet sich Iran, keine weiteren Zentrifugen zu bauen oder zu installieren und umfassende Inspektionen der IAEO nach deren Vorgaben zuzulassen. Parallel dazu sagen die EU und die USA zu, weitere Sanktionen zu beenden, darunter das von den USA verhängte Lieferverbot für zivile Flugzeugersatzteile. Zudem würde die „5 plus 1“-Gruppe das Recht Irans bestätigen, die Erforschung, Produktion und Verwendung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken zu entwickeln. Das schließt, wenn diese Verpflichtungen erfüllt werden, auch die Möglichkeit zur Urananreicherung ein, bestätigt aber keine einzelne nukleartechnische Aktivität als ausgewiesenes Recht.

Auch ein solches Paket, das dann von Unterhändlern aus Teheran und Washington bestätigt und von der Sechsergruppe im Sicherheitsrat vorgelegt werden könnte, würde den Atomstreit nicht lösen. Dazu und für eine Aufhebung entsprechender Sicherheitsratssanktionen müsste die Internationale Atombehörde IAEO zunächst bestätigen, dass Fragen über die früheren Atomaktivitäten Irans zufriedenstellend beantwortet und Zweifel an der rein friedlichen Natur des gegenwärtigen Programms ausgeräumt worden sind.

Ein Einstieg in die Umsetzung dieses Pakets würde aber unmittelbar zur Entspannung und zur Minderung der Kriegsgefahr am Persischen Golf beitragen. Und sie würde es der EU und ihren Mitgliedstaaten erlauben, ihre Iranpolitik nicht weiterhin auf das Atomthema zu verengen. Zu viele, oft nicht minder strittige Themen sind dadurch in den vergangenen Jahren unter den Tisch gefallen. Dazu gehören, um nur wenige zu nennen, die Menschenrechte oder Syrien, aber auch die durchaus gemeinsamen Interessen und Sorgen mit Blick auf Afghanistan oder den internationalen Drogenhandel.